

Dresdner Volkszeitung

Parteiflonto: Leipzig. Gedenkblatt, Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Hanflonto: Gebr. Stenbold, Dresden.

Jahresabonnement mit der täglichen Unterhaltungszeitung Leben, Wissen, Zukunft möglichst Bringerlohn monatlich 1.20 M. Durch die Post bezogen mindestens 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8.00 M. Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25-261. Sprechstunde am Montag von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25-261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abos werden die 7 geplante Zeitzeits mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinssangeboten. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Opposition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 32.

Dresden, Donnerstag den 7. Februar 1918.

29. Jahrg.

Bor wichtigen Entscheidungen in Brest.

Fortbestand des Mehrheitsblocks.

Die interfraktionellen Beratungen.

Die Ereignisse der vorigen Woche schien auch den Mehrheitsblock des Reichstages sehr zu gefallen. Die Fortschrittlichen erheben idarische Erklärungen, während die Zentrumspartei sich mehr abwertend verhielt.

Wie wir bereits meldeten, wurden die interfraktionellen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien am Dienstag wieder aufgenommen. Außer den Fragen der auswärtigen Politik wurden auch die Vorfälle der vorigen Woche besprochen. Es wurde zentral betont, daß durch eine frühere Widerannahme dieser Erklärungen manche Widerständnisse hätten bestehen können. Wie eine parlamentarische Korrespondenz erläutert, sollen nunmehr die Unterschiede in den Ausschüssen, die quer gestellt erscheinen, den Platz gewichen, durch gegenseitige Erklärungen und Auffklärungen aus der Welt geschafft worden sein, so daß die Arbeitsgemeinschaft der Parteien, auf die sich die Regierung bisher stützte, auch weiterhin bestehen wird.

Die Nationalliberalen haben sich bisher nicht wieder an den interfraktionellen Verhandlungen beteiligt. Die Meinungen über die Wiederbesetzung lagen in den Kreisen der Nationalliberalen außerordentlich verschieden. Die annexionistische Tägliche Rundschau schreibt:

"Nach unserer Kenntnis hat sich die nationalliberale Fraktion bereits seit einiger Zeit infolge des Verhaltens der Sozialdemokratie von den interfraktionellen Verhandlungen ferngehalten. Die Führung der Fraktion dachte auch weiter entschlossen sein, an diesem Standpunkt festzuhalten, zumal die Sozialdemokratie durch die Stellungnahme zum Streit die Gründe der Nichtteilnahme an den Verhandlungen nur noch verstärkt hat."

Vermutlich würde mindestens ein Teil der Mehrheitsparteien das Fernbleiben der Nationalliberalen sehr leicht verschmerzen.

Wieder in Brest-Litowit.

Friedensschluß mit der Ukraine.

Am Mittwoch sind die deutschen und österreichischen Unterhändler nach den Berliner Verhandlungen wieder nach Brest zurückgekehrt. Es bestätigt sich die Meinung, daß die Mittelmächte die Absicht haben, nunmehr ohne weitere Rückfragen auf die Politik Trotski den Frieden mit der Ukraine zum Abschluß zu bringen. Die Norddeutsche Presse schreibt redaktionell:

"Mit Spannung, aber ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk auf den Wiedereintritt der Verhandlungen. Unsere Diplomaten haben bis jetzt Herrn Trotski äußerste Geduld und weitesten Entgegenkommen bewiesen, um dem Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chorus der russischen Fünfkäppchen zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hätten. Ein Gipelpunkt der Entwicklung ist es, wenn Trotski jetzt nach Petersburg telegraphiert hat, daß die Deutschen die Verhandlungen verschleppten."

Mit der Ukraine schreiten die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine züglich zu bringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trotski und gleichzeitig sein. Verstärkt sich Herr Trotski durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Kriege aufzubrechenden Russlands gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trotski seine Partei und das aus tausend Wunden blutende russische Volk die Rechtfertigung zu begleiten haben.

Wenn es möglich ist, zunächst mit den Ukrainern zum Frieden zu gelangen, so ist dies sicherlich zu begrüßen. Wir haben aber schon früher auf die sehr großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich dabei ergeben können. Der Bestand der Ukraine als eines selbständigen Staates, der nach seinem Willen über den Friedensschluß befinden kann, ist durch die Antriebe der Petersburger Regierung und durch die von Petersburg unternommene militärischen Maßnahmen bestreitet und noch immer sehr in Frage gestellt. Es entsteht daher das schwierige Problem, ob die Mittelmächte gewillt und in der Lage sind, irgendwelche Garantien für den Bestand der selbständigen Ukraine zu übernehmen. Auch die wirtschaftlichen Vorteile, die man sich von dem Frieden mit der Ukraine verspricht, sind natürlich völlig davon abhängig, ob der Bestand der Ukraine gesichert werden kann.

Die deutsche Regierung scheint damit zu rechnen, daß es mit dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine zugleich zum Abbruch der Verhandlungen mit Trotski kommen wird. Es mag aber sein, daß die Petersburger Regierung sich zu einem größeren Entgegenkommen an die Verhandlungen der Mittelmächte bereit findet, wenn sie erkennen muss, daß es ihr unmöglich ist, ihre Herrschaft über die Ukraine durchzuführen. Im letzteren Grunde hängt also alles davon ab, ob die demokratisch-soziale Rada oder die Polizeiwaltung in der Ukraine die Macht in der Hand behalten. Trotski wird,

wie die Pravda meldet, vorübergehend wieder in Petersburg erwartet, um an wichtigen Beratungen der Semjow-Verbände teilzunehmen.

In den Berliner Verhandlungen hat es sich im zweiten Klima um Rumänien gehandelt. Es kommt die Verlängerung des am 18. Dezember mit der rumänischen Armee unter General Tschirbatow abgeschlossenen Waffenstillstands in Betracht. Es scheint es, als ob die rumänische Politik unter dem Zwange der schweren Ereignisse eine ganz neue Wendung eingeschlagen verucht. Rumänische Truppen haben den Bruch überdröhnen und sind in Bessarabien eingefallen, wo sie mehrere bedeutende Erfolge gegen bolchevistische Truppenabteilungen davongesetzt haben. Die Bewohner Bessarabiens sind zur Hälfte rumänischer Abstammung und die Biederbewegung dieses Landes, das im Frieden von San Stefano im Jahre 1878 den Rumänen durch Russland treulos vorenthalten wurde, ist ein alter Wunsch weiter rumänischer Kreise. Radikale nun die Politik Bratianus endet zusammengebrochen und die Hoffnung auf Eroberungen auf Kosten Oesterreich-Ungarns erledigt ist. Rumänen sich aus dem zu führen. Zusammenbruch schadlos zu halten die Absicht haben. Sind solche Absichten durchführbar, so würde sich daraus ein sehr wichtiges Moment der Neugestaltung in Südost-Europa ergeben.

Deutsch-Österreichisches Einvernehmen.

Wib. Berlin, 6. Februar. Aufzähler des Außenministeriums des f. u. l. Minister des Innern, Grafen Czernin, in Berlin kamen in wiederholten Gesprächen mit den leitenden deutschen Stellen alle laufenden politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten — insbesondere die Ernährungsfrage — zur Diskussion, wobei in jeder Hinsicht vollstes Einvernehmen festgestellt werden konnte.

Unterbrechung des Friedens Petersburg-Brest.

† Petersburg, 6. Februar. (Petersburg, Teleg.-Agentur). Seit vier Tagen sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowit unterbrochen und bisher ist keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

Das Sinken der öffentlichen Moral.

Eine Reihe neuer innerpolitischer Gesetzesvorlagen wird in den Blättern angekündigt, doch kann man sich bisher von ihrem Inhalt keine genaue Vorstellung machen. Den Reichstag sollen bei seinem Wiederzusammentreffen am 19. Februar Gelegenheit gegeben werden, über neue Steuern, welche die Vergütung der Kriegsschulden sicherstellen; über härtere Bestrafung des Schlechthandels, dessen gewerbsmäßiges Betreiben stets mit Gefängnis und im Falle mit Todesstrafe bestraft werden soll; über die Bekämpfung der Wirtschaftskräfte und anderer Verbesserungen; über die Vermehrung der Zahl der Reichstagsmandate durch Verstärkung der Vertretung für die dichtbevölkerten Bezirke; das Arbeitsamtvergebot und noch anderen Ämtern. Der Reichstag wird also genug zu tun haben, und hoffentlich laufen die bürgerlichen Parteien diesmal nicht einzutreten.

Der Reichstag wird also genug zu tun haben, und hoffentlich laufen die bürgerlichen Parteien diesmal nicht einzutreten. Der Reichstag wird also genug zu tun haben, und hoffentlich laufen die bürgerlichen Parteien diesmal nicht einzutreten.

Die Kriminalität der Jugendlichen ist außerordentlich gestiegen. Abgeordnete aller Parteien klagen über die allgemeine Demoralisation, über die bodenlose Übertreibung aller Gesetze, über die gewohnheitsmäßige Mündigkeit aller Vorschriften und alle möglichen anderen sittlichen Verstöße.

In der Tat ist es ganz zweifellos, daß die Demoralisation

in der Erzeugungsstadt und höchstfeindliche Unterdrückung des Schlechthandels sind unabdinglich notwendig geworden, um das Nationierungssystem wenigstens insofern zu retten, daß es Deutschland wie bisher vor dem Zusammenbruch schützt. Aber den allgemein moralischen Schaden, den die rationierte Ernährung und ihre allgemeine Durchbrechung im Volkscharakter angerichtet haben, werden wir noch lange nachschleppen.

Die Demoralisation hat übrigens nicht auf dem Gebiete Ernährung begonnen. Die ersten, die aus der Begehrungswoche für das LandesVerteidigung austauschten, welche im August 1914 über Deutschland hinweggeschäumt war, waren die Kriegsleferanten aller Art. Sie schoben und setzten handeln schon in den ersten Kriegswochen ganz ungewöhnlich rau arbeiteten kaltblütig nur auf ihren Profit hin. Im Landesmarken wurden Habenichts zu Millionen und trugen durch ihr schlechtes Beispiel ein erstes Helm der Verzweiflung in den "Burgfrieden" und die "nationale Einigkeit". Bald begann die ganze Kriegszeit, und ein großer Teil der Landwirtschaftsleute gingen zu machen und steigerte sie stupellos aus gerodet und stummen Wegen von Jahr zu Jahr. Dazu kam dann die Demoralisation im Ernährungswesen, herverursacht durch Aufbau und Zurückhaltung der Ernter Schlechthandels, Hamster und ungenügende Rationen. Die herrschenden und bestehenden Klassen sind es gewesen, die in der Kriegszeit den breiten Volksmassen das Schauspiel schamlosen Eigennutz geboten haben. Gewiß bleibten die Besitzungen von Landwirtschaft und Industrie gewaltig und ewig bewundernswert, aber die Triebfeder jedes einzelnen war sehr rasch nicht mehr die nationale Begeisterung, sondern trostlos Prostilier.

Diese Demoralisation griff schließlich auch auf die Politik über. Der Traum von einem einzigen Volle, das in einer veränderten Welt, um mit dem jüngsten Kaisertelegramm an das preußische Herrenhaus zu reden, ein neues Deutschland des Rechts und der Menschlichkeit aufzubauen würde, zerriß, der Klassenkampf erwachte wieder, und jede Gesellschaftsschicht war auf die Sicherung vor allem der eigenen Macht bedacht. Auch hier tragen die Leute die Hauptschuld, welche zuerst in den Scheindienstschriften die wahren Annexionsforderungen aufstellten, und die Parole ausgaben: "Wir haben den Krieg verloren, wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt."

Wie im Ernährungswesen bei auch im Gebiet der inneren Politik die Regierung die Pflicht, das Sonderinteresse im Kampf gegen das Allgemeininteresse wenigstens so weit zurückzudrängen, daß nicht Deutschland darüber grundlos geht. Wie aber im Ernährungswesen Strafen nur das unbedeutendste Mittel sind und alles auf eine bessere Eröffnung der Vorräte ankommt, so sind in der Politik bloße Unterdrückungsmaßnahmen oder gar Nachfeldzüge gegen unterlegene Gegner verfehlte Methoden. Nur eine freudige und anständige Reformarbeit, welche das innere Leben von allen verschleierten Streitfragen endlich befreit, kann uns hier vor Katastrophengefahren schützen.

Danach werden Regierung und Reichstag sich richten müssen, wenn sie in der übernächsten Woche wieder an ihre Gesetzgebungswelt schreiten.

Schlechte Behandlung deutscher Gefangener

Berlin, 11. Februar. Aus Mitteilungen der im November 1917 zur Aufzähler in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welchem Maße gegen das Volkerrecht verstoßen. Der Transport der schweren Gefangenen, die sich teilweise mit an beiden Armeen bewegen konnten, erfolgte auf einem Viehdampfer, aber nicht etwa in den Ställen, welche manche dieser Unglücksfälle wohl noch dankbar gewesen wäre, sondern in einem von Schmutz stinkenden Raum nach unten den Ställen im letzten Stockwerk des Schiffes. Dort mussten die Kriegsgefangenen in versteckter Lust die Nacht wie Vieh aufzuhören, auf Fäkalien zu bringen, die mehr einmal Leichen hatten. Am Morgen erhalten je Kaffee und Käse dann der ganze Tag über hunger. Der Käse, Mehl und Käse zu verdauen, davon das sie auf alle doppelt starke Stärke so sehr bedurften. Nur eine freudige und anständige Reformarbeit, welche das innere Leben von allen verschleierten Streitfragen endlich befreit, kann uns hier vor Katastrophengefahren schützen.

Die Kriegsgefangenen aus England haben sich ebenfalls auf die Kästen und auf die Fäkalien zu begeben, die von der Seeleitung auf dem Schiff verstreut waren. Die Reise dauerte über 22 Stunden. Über 22 Stunden lebten die Engländer die armen und kalten Gefangenzen dem Transport unter so unhygienischen Verhältnissen aus. Das bei einem Schiffbruch unter jüdischen Kriegsgefangenen nicht einer der Kästen mit dem Leben abzogen, was macht dem jüdischen Feinde keinerlei Sorge. Weil deutsche Kriegsgefangene eine Arbeit und Nachfrage brachten, die mit unseren Kriegsgefangenen nicht dulden, hat die deutsche Regierung sofort energisch Einspruch erhoben.

Donnerstag den 7. Februar 1918

Dresdner Volkszeitung

Kirchliche Bannflüche gegen die Bolschewiki.

Die Petersburger Regierung hat plan mit ihrer Enteignungsabteilung einen neuen, halben Feind zusagen: die Kirche. Die Daily News erzählen aus Petersburg vom 2. Februar: "Die Revolutionäre gerieten zum erstenmal wegen Beschlagnahme des Grundbesitzes und der Gebäude des reichen Kiewer-Klosters St. Koscius in einen Streit mit der Kirche. Man verurteilte die Gebäude für wohltätige Zwecke. Aber als es bekannt wurde, nahmen Vertreter der Sowjet, die das Klostergebiet mit Soldaten der Roten Garde und mit Matrosen besetzten, das Inventar des Klosters auf. Scharen von Wölblingen aus der Nachbarschaft ließen herzu. Es wurden Proletkommunismus abgehalten. Der geistliche Rat des Klosters beschloß, das Vorgehen zur Kenntnis des Patriarchen zu bringen." — Lieber einen gegen die Kirchenfreiheit gerichteten Regierungserlass wird gemeldet:

Petersburg, 6. Februar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Erlass über die Gewissensfreiheit der religiösen Gemeinschaften, Trennung vom Staat und Kirche, Abschaffung alter Rituale, die sich auf das Glaubensbekenntnis beziehen und über die Auflösung der Beschränkung der Gewissensfreiheit verklagen, die vollkommen freiheit der religiösen Sitten. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine schriftliche Verklärung ersetzt. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben. Alle religiösen Räte werden als Postsekretariate eröffnet. Gebäude und Eigentümde, die dem Gottesdienst dienen, gehen auf die religiösen Gemeinschaften zum kostenlosen Gebrauch über.

Damit Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht der Patriarch Ticon in den Mostauer Zeitungen einen Kirchenbrief, in dem er alle Gläubiger auffordert, sich gegen die Bolschewiki zu erheben, die den orthodoxen Glauben bedrohten, und zum Schluss: "die Bolschewiki verflucht". Das Smolny-Institut (Regierungssitz) will den Mönchen des Alexander-Newski-Klosters mit, daß es die beabsichtigte religiöse Prozession, die als Protestkundgebung gegen die Besetzung des Klosters gedacht sei, verbiete. Die Abendzeitungen melden, daß das Smolny-Institut eine Notveröffentlichung veröffentlichte, in der es heißt, daß die Vorgänge im Kloster ausgenutzt würden, um die religiösen Freiheiten des Volkes gegen die Sowjets aufzutreten. Das Smolny-Institut habe nicht die Absicht, die Ausübung der religiösen Freiheiten zu verhindern, sondern es wolle nur dem Volke wiedergeben, was die Popen ihm seit Jahrhunderten genommen hätten.

Dem Petersburger Büro wird aus Petersburg vom 6. Februar gemeldet, daß Tausende von Frauen in einer großen Prozession gegen die Beschlagnahme des Alexander-Newski-Klosters Einspruch erhoben. Auf dem Wege vom Kiewer-Projekt zur Kafan-Kathedrale hielten der Bischof von Petersburg und andere Geistliche Gottesdienst unter freiem Himmel ab. Da Komitee zur Verteilung von Petersburg nach Morgen bekannt machen, daß Prozessionen verboten seien, da sie Anfang erzeugten. Der Bischof und die übrigen Geistlichen wurden für die Durchsetzung der Ordnung verantwortlich gemacht.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur nahm der dritte Hauptkongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die Landesregierung an, die das Eigentum an privatem Landbesitz aufzugeben und dieses Recht jedem vorbehalten, der das Land mit seinen eigenen Händen bestellen will. Die Beschränkung gilt nicht für Kirchengemeinschaften. In den vorbereitenden Hauptversammlungen wurden 300 Mitglieder gewählt, darunter 160 Bolschewiki und 125 revolutionäre Sozialisten des Unterklanges.

Nach einer privaten Petersburger Meldung, hat der Rat der Volkskommissare einen Erlass über die Umgestaltung des altrussischen Semino-Vereinbundes (Verbund der Selbstverwaltungsförderer der Gouvernements) erlassen. Das gegenwärtige Komitee dieses in Russland mächtigsten Verbundes soll aufgelöst und ihm neue Vertreter der Organisationen an der Front und des Zentral-Komitees zugewiesen werden. Alle Einrichtungen des Semino-Vereinbundes wurden als Eigentum der Republik erklärt. Aus Moskau meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur, daß in der während der letzten Woche abgehaltenen Sitzung des Komitees beschlossen wurde, den Erlass der Kommissionen gar nicht zu beachten und wie früher weiter zu arbeiten. Nur dem altrussischen Komitee des Semino-Vereinbundes steht das Recht zu, das bläkerige Komitee aufzulösen. Durch diesen neuen Zusammenschluß zwischen den Bolschewiki-Regierung und dem Semino-Vereinbund erhält der zwischen den Bauern und den Volkskommissaren entbrannte Kampf um so mehr als die Bauernversammlung in Petersburg auseinander getrieben wurde, eine neue, für die Bolschewiki sehr gefährliche Verschärfung.

Über Stockholm wird aus Petersburg gemeldet: In der Nacht zum 4. Februar ist die Hausskapelle im Palais der Großfürstin Maria Pawlowna geplündert und über 100 Goldbarkeiten beraubt worden. In der gleichen Nacht ist eine bewaffnete Bande von etwa 500 Menschen in verschiedene Kaufhäuser des Waisenhausbezirks eingebrochen. Geplündert wurden 14 Juwelierläden, 17 Kleidergeschäfte und 4 Apotheken. Der ganze Bezirk wurde vom Militär mit Panzerfahrzeugen und Maschinengewehren umstellt. Die erbitterten Kämpfe dauerten die ganze Nacht, wobei zwölf Personen getötet und eine noch größere Anzahl verwundet wurde.

Bom polnisch-ukrainischen Kriegsschauplatz.

Nach Stockholmer Nachrichten gehen die polnischen Truppen gegen Simolen i k siegreich vor. Sie werden von dem bekannten General Musnicki geführt. Mehrere tausend Mann polnischer Truppen stehen unter dem Befehl des Generalsmajors Stanislawow. Der dritte Jahr starke Teil polnischer Truppen wird von Generalmajor Koniewski befehligt. Diese drei polnischen Generale, vereint General der russischen Armee, ziehen ihre Truppen zusammen, um mit den Bolschewiki einen entscheidenden Kampf anzunehmen. Koniewski ordnete vor seiner Verhaftung an, daß gegen die Polen wiederum 20.000 Mann Verstärkung marschierten. — Die Petersburger Telegraphen-Agentur gibt jetzt folgenden Bericht über die polnisch-russischen Kämpfe aus:

Am 28. Januar konzentrierten sich polnische Legionäre in einer Stärke von 25.000 Mann verschiedener Waffengattungen, die unter Führung des Generalmajors des Hauptquartiers standen, der

Stadt Nogatjew südlich von Mohilew. Die Sowjet der Bauern sowie die Kommunisten wurden verhaftet. Das Schabat, in das jenseits 1.000.000 Kubik-Barrels bestanden, wurde mit Feuer abgelegt. Die russischen und polnischen Sozialisten wurden ebenfalls verhaftet. Die Kindesleidenschaften begannen im Regiments- und im Kriegsministerium. Der polnische Generalmajor erklärte sowohl und von den Waffenfeldern abhängigen Bezug als einen Teil der polnischen Monarchie. Jede wurden in Russland zurückgeholten und russische Soldaten ergriffen. Die ausführende Anstalt, die im Nebenraum mit der Regierung handelt, betrachtet die gegenrevolutionäre Entwickelung und die polnischen Bourgeoisie und ihre Legionen als unmittelbare Bedrohung der Macht der Sowjet und der revolutionären Erbauerinnen und hat deshalb die Verhaftung der Vertreter der Bourgeoisie, der Grundbesitzer und der Führer der Arbeiterspartei verfügt, die mit dem Feinde in offenem Kampf gegangen und gemeinsame Ziele machen. Der Verband der Grundbesitzer, der unmittelbare Beziehungen zu der Erhebung unterhält, wurde für außerhalb des Bereichs stehend erklärt. Für Solotopolje und der Großteil von Tschernjachov wurden mit Einverständnis der polnischen Sozialistenvereine verhaftet. Das russische Hauptquartier erzielte strategische Ruhm. Die Regierung hat eine Agitation unter den polnischen Truppen in die Wege geleitet, um die Soldaten dazu zu bringen, die Offiziere des Generalstabs zu verhaften. Es werden Nutznieße verbreitet werden.

Aud Nogatjew wird gemeldet, daß hier eine Versammlung der Bevölkerung statt zu haben beginne. Der Generalstab wurde verhaftet. Die russischen Soldaten wegeln nach Russland zum Spielkreis machen zu lassen. Die jugoslawische Regierung bei dem polnischen Generalstab ein Ultimatum erwartet, in dem die Rücknahme von Nogatjew sowie die Einstellung der Gewissensfreiheit und Verhaftungen gefordert wird. Von dem Ausgang des Aufstandes hängt das Schicksal der in unterschönen befindlichen polnischen Geiseln ab. Wir haben es für äußerst wichtig, die Soldaten nach Erfüllung des Aufstandes im Gefangen zu halten.

Alle diese Nachrichten sind zunächst mit Vorbehalt aufzunehmen. Die Siegesnachrichten, die die Petersburger Telegraphen-Agentur anzeigt über die bolschewistischen Erfolge in der Ukraine brachte, haben sich bestens als irreführend und unrichtig herausgestellt. Die Rolle, die der polnische Sozialismus in dem Konflikt zwischen bolschewistischen und polnischen Truppen spielt, ist verhältnis unklar, denn die polnischen Sozialisten, von denen der obige Bericht redet, zerfallen in verschiedene Parteien. Die P. S. (polnisch-jugoslawische Partei), die für Polen der austro-polnischen Loyalität einer Auseinandersetzung Polens an Österreich, nicht feindlich gegenübersteht, dürfte mit dem Bruderland der Bolschewiki kaum einverstanden sein.

Aus Kiew wird durch Funkspur gemeldet: Der Aufstand der Bolschewiki in Kiew ist dabei, gänzlich unterdrückt zu werden. Alle Regierungsanstalten, der Bahnhof und das Arsenal, sind von den Ukrainern besetzt. Die Bolschewiki haben bedeutende Verluste erlitten. Die Verluste der Ukrainer sind sehr unbedeutend. Die Zentral-Stadt übertrug Golubowitsch die Bildung eines neuen Ministerkabinetts.

Über den Bürgerkrieg in Russland meldet Havas: Ein Telegramm des Oberkommandos der maximalistischen Truppen am Don erklärt, die Lage an der Front gegenüber Kaledin sei crass. Die maximalistischen Truppen seien unbedingt auf Verstärkung angewiesen, sonst sei die Revolution in Gefahr. 20.000 Mann der Roten Garde wurden zusammengezogen und werden gegen Kaledin geschickt werden. Ein Telegramm der P. T. A. berichtet von einem Zwist zwischen General Aleksejew und Kaledin, weil Aleksejew einen nachhaltigeren Kampf gegen die Bolschewiki gefordert habe. Infolge dieses Streitfalls sei Aleksejew, nachdem er 80.000 Mann zusammengezogen habe, mit diesen abmarschiert. Das Smolny-Institut ergreift Maßregeln, um die Marschrichtung Aleksejews und seines Heeres zu erkennen und diese Bewegung aufzuhalten.

Aus Kiew wird durch Funkspur gemeldet: Der Aufstand der Volkskommissare einen Erfolg über die Umgestaltung des altrussischen Semino-Vereinbundes (Verbund der Selbstverwaltungsförderer der Gouvernements) erlangt. Das gegenwärtige Komitee dieses in Russland mächtigsten Verbundes soll aufgelöst und ihm neue Vertreter der Organisationen an der Front und des Zentral-Komitees zugewiesen werden. Alle Einrichtungen des Semino-Vereinbundes wurden als Eigentum der Republik erklärt. Aus Moskau meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur, daß in der während der letzten Woche abgehaltenen Sitzung des Komitees beschlossen wurde, den Erlass der Kommissionen gar nicht zu beachten und wie früher weiter zu arbeiten. Nur dem altrussischen Komitee des Semino-Vereinbundes steht das Recht zu, das bläkerige Komitee aufzulösen. Durch diesen neuen Zusammenschluß zwischen den Bolschewiki-Regierung und dem Semino-Vereinbund erhält der zwischen den Bauern und den Volkskommissaren entbrannte Kampf um so mehr als die Bauernversammlung in Petersburg auseinander getrieben wurde, eine neue, für die Bolschewiki sehr gefährliche Verschärfung.

Die Disorganisation an der russischen Front. tu. Petersburg, 7. Februar. Die Russische Arbeiterkasse zum Leidigen Krieg gegen den deutschen Kaiserreich brachten bisher nur ganz negative Resultate. Die Pravda spricht ihr Bedauern aus, daß an der ganzen Front eine durch gänzliche Apathie und einen Mangel an Verteidigung hervorgerufene völlige Desorganisation herrsche. Die Stadt und Defektion der russischen Offiziere und Soldaten von der Armee wählt ständig und ist nicht mehr aufzuhalten. Die Soldaten verlaufen, wie auch schon anderweitig berichtet wurde, die Pferde, Wagen, das Artillerie und überhaupt das ganze tote und lebende Inventar. Das durch den Verlauf erlangte Gelb teilen sie gewissheit untereinander. Die Soldaten erkennen jetzt auch keine Röthe, keine Doppelketten, ja nicht einmal die eigenen revolutionären Organisationen an. An manchen Stellen rütteln ganze Abteilungen von der Front ab und das revolutionäre Komitee bemüht sich verzweigt, diese Abteilungen aufzuhalten.

Gründung der sibirischen Duma.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Tomsk wurde die sibirische Duma eröffnet und der die zur Versammlung der sibirischen Weise versammelt ist und der die volle Gewalt in ganz Sibirien übertragen wird. Die Duma zählt 300 Mitglieder. Vertreter der Semino-Vereinbund, Städte, Genossenschaften und der Sibiriens bewohnenden Volkerzonen sowie Vertreter der Eisenbahn- und Postbeamten u. a.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Petersburg, 6. Februar. Bei Helsingfors, Riga, Petrograd, Turku und Sibbo dauert der Kampf zwischen den Weißen und den Roten Garde an. Helsingfors ist in den Händen der Arbeiter. Der Gouverneur und fünf Gouverneure wurden verhaftet. Der Aufstand hält an. Wo ist in der Macht der Arbeiter. Die Hauptstadt der Weißen Garde sind in Helsingfors versammelt. Das finnische Volkskommunistische Partei-Gesetzverfassung veröffentlicht: Befreiung der kleinen Bauern von der Abhängigkeit von den Grundbesitzern. Es wird ihnen das Recht vorbehalten, ohne Entgelt über das von ihnen besessene Land zu verfügen. Ferner ein vorläufiges Gesetz betrifftend die Feststellung der Rechte von Beamten und ein Gesetz über die Feststellung der Rechte von Arbeitnehmern. Schließlich eine Verordnung, welche die Bildung einer Abteilung für Gesetz- und Rechtsprechung bestimmt. Ein Generalstreik der Beamten steht bevor.

Stockholm, 6. Februar. Wie Nationen erkennt, zählen die Sowjetabende den finnischen Kulturbüro- und der Bolschewiki-Regierung gesetzten Hilfskräfte 7000 Matrosen und 7000 Sol. stell. Nach dem gleichen Blatt beschäftigt die finnische Revolu-

tionäre Regierung, ihre Sicherstellung bei den fremden Märkten zu erreichen. Sie will sich zunächst an die schwedische Regierung wenden, da sie bei ihren sozialdemokratischen Mitgliedern auf Unterstützung hofft. Nach dem Tagliche Allesandria werden in Schweden Unterschriften für eine Waffenstillstandserklärung an das Russische gesammelt, möglichst rasch die Ausfuhr und Durchsetzung der dortigen Ordnung zu bewilligen.

Unzufriedenheit mit der Versailler Konferenz.

Die Beschlüsse der Versailler Konferenz haben so wird aus dem Gemeinwohl, in Frankreich große Enttäuschung hervorgerufen. Die Sozialisten und anhängernde Kreise, namentlich die Arbeiter, sind enttäuscht darüber, daß die Entente-Regierung es nicht für notwendig befunden haben, die Arbeiter-Klasse und Germania zu beanspruchen, aber prinzipiell Stellung zu der Friedensfrage zu nehmen. Die Metallarbeiter haben beschlossen, die französische Regierung aufzufordern, unverzüglich zu antworten, ob sie bereit sei, auf Grenze von Barberesque für die Friedensverhandlungen gegenüberzutreten. Die Mindestsicherheitsgemeinschaften der jugoslawischen Partei haben beschlossen, dem Vertreter einen Antrag vorzulegen, der den Rahmen der Friedensverhandlungen noch abschließend festzustellen fordert.

Internationale Sozialistenkonferenz?

Winnen kurzzeitig wird, so wird aus Haag gemeldet, eine Delegation der britischen Arbeiter nach Paris gehen, um einen möglichst baldigen Zusammenschluß der allgemeinen interalliierten Konferenz in London am 20. Februar einzutreten. Die Arbeiter und Sozialisten und französischen Arbeiter und Sozialisten werden die Initiativ zu führen, um eine internationale sozialistische Konferenz in der Schweiz vorzubereiten.

Verstärkung der alliierten Mannschaftsverbände.

Daily News melden, daß die Konferenz der Alliierten eine Verstärkung der Mannschaftsverbände um 150 Millionen Mann und der weitere Steigerung des Artilleriebestandes um ein Viertel beschlossen habe, die dies die Voraussetzung für die Offensive sei.

Kriegsgegnerische Arbeiterführer.

Havelod Wilton, der Vater der englischen Seeleute, sorgte in einer Versammlung bischöflich der Förderung nach einer internationalen Arbeiter-Friedenskonferenz. Die Regierung der Vereinigten Staaten möge so viel Ressourcen bereitstellen, wie sie will. Die amerikanischen Seefahrer und Seeleute würden die Inhaber der Ressourcen nicht über Meer bringen. Wir bitten euch, sagt Havelod Wilton, keine Beziehungen mit den Deutschen anzutreten, solange sie nichts Neues über ihre Misere führen und sie nicht dulden.

Große Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Die in den neutralen Ländern so gefürchtete Arbeitslosigkeit besteht in Dänemark seltsamer Weise, sogar in einer Versammlung bischöflich der Förderung nach einer internationalen Arbeiter-Friedenskonferenz. Die Regierung der Vereinigten Staaten möge so viel Ressourcen bereitstellen, wie sie will. Die jugoslawischen Seeleute und Seeleute, sog. die polnischen Sozialisten, von denen der obige Bericht redet, zerfallen in verschiedene Parteien. Die P. S. (polnisch-jugoslawische Partei), die für Polen der austro-polnischen Loyalität einer Auseinandersetzung Polens an Österreich, nicht feindlich gegenübersteht, dürfte mit dem Bruderland der Bolschewiki kaum einverstanden sein.

Die Ursachen dieser ungeheure Arbeitslosigkeit sind bekannt. Gmeinfest die Arbeitslosenklasse über die deutsche Reichsregierung der Ressourcen durch die Gewerkschaften und Arbeiterschaften der verschiedenen Industriezonen. Innerhalb aller Gewerkschaften hat die Produktivität in den produktivsten Betrieben und die Menge der Führer der dänischen Sozialdemokratie übriglich im Reichsgebäude gebaut, das dem dänischen Volke droht, mittler in einem Goldraub zu verhängen — der Goldraub, den die kapitalistischen Unternehmungen durch Kriegswaffen eingeschlagen haben — sind nicht abzuheben.

Die Ursachen dieser ungeheure Arbeitslosigkeit sind bekannt. Gmeinfest die Arbeitslosenklasse über die deutsche Reichsregierung der Ressourcen durch die Gewerkschaften und Arbeiterschaften der verschiedenen Industriezonen. Innerhalb aller Gewerkschaften hat die Produktivität in den produktivsten Betrieben und die Menge der Führer der dänischen Sozialdemokratie übriglich im Reichsgebäude gebaut, das dem dänischen Volke droht, mittler in einem Goldraub zu verhängen — der Goldraub, den die kapitalistischen Unternehmungen durch Kriegswaffen eingeschlagen haben — sind nicht abzuheben.

Die Stimmung unter den dänischen Arbeitern ist deprimiert, die Zahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen auf 175.000 geschätzt. Von den einzelnen Industrien sind am meisten die Textil- und die Baumwollindustrie betroffen, aber auch andere Industriezweige sind nicht verschont geblieben. So z. B. sind unter den Bäumen über 1000 Arbeiter und anderthalb 100 kleine Unternehmen erwerbstlos geworden. Von den Fabrikarbeitern sind über 1200 ohne Beschäftigung, davon allerdings die Hälfte wegen Einführung der erhöhten Lohnsätze. Diese werden vom Staat zum Teil entschädigt.

Die Stimmung unter den dänischen Arbeitern ist deprimiert, die Zahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen auf 175.000 geschätzt. Diese Mithilfemaßnahmen verlängern die Arbeitslosigkeit nicht, sondern fördern sie. Die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse haben die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Industrien unter den Arbeiterkassen auf 100 übertragen, um die Stütze über die Mithilfemaßnahmen zu erhöhen. Die Zeitschrift für Industrie kann die Arbeitslosigkeit in der Industrie immer noch 70 bis 80 Prozent der Arbeiter umfassen, falls sich die Verhältnisse weiter verschärfen.

Die Stimmung unter den dänischen Arbeitern ist deprimiert, die Zahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen auf 175.000 geschätzt. Diese Mithilfemaßnahmen verlängern die Arbeitslosigkeit nicht, sondern fördern sie. Die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse haben die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Industrien unter den Arbeiterkassen auf 100 übertragen, um die Stütze über die Mithilfemaßnahmen zu erhöhen. Die Zeitschrift für Industrie kann die Arbeitslosigkeit in der Industrie immer noch 70 bis 80 Prozent der Arbeiter umfassen, falls sich die Verhältnisse weiter verschärfen.

Einen wichtigen Mithilfemaßnahmen von 30 Kronen; die militärische Neuordnung; die erforderlichen Wohnräume; Auslegung der Arbeitslosigkeit für auf Wohnung gesetzte Regeln, die den Bevölkerung wieder seine Arbeit aufgenommen hat; Garantie der Arbeitslosigkeit und Regulierung der Warenpreise im Verhältnis zu den Produktionskosten.

Diese Resolution haben sich die Arbeiter in nicht weniger als 30 Städten und Industriezonen zu eigen gemacht. Man hat überall verfügt, die Arbeiterkassen in besondern Arbeitslosen-Kontingenten zu vereinigen, die jetzt nach dem Vorbild der Hauptstadt haben, eine Landeszentrale zu gründen. Bei der weiter modernisierten Arbeitslosen-Kontingenten Mithilfemaßnahmen Organisations Dänemarks sein. Auch durch Demonstrationen im Freien, darunter ein paar mal vor dem Reichstag, sind die Arbeiterkassen ihre Mithilfemaßnahmen überall im Lande eingeführt, sowie durch Versammlungen und Versammlungen überall im Lande. Die Arbeiterkassen haben sich überall in Freiheit gestellt, um das Recht der Arbeitnehmern zu erhalten. Das Recht, das sie haben, ist durch die Arbeiterkassen und die Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, um das Recht der Arbeitnehmern zu erhalten. Das Recht, das sie haben, ist durch die Arbeiterkassen und die Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, um das Recht der Arbeitnehmern zu erhalten.

Durch die Eingreifen der Partei und der Gewerkschaften sowie durch die Mithilfemaßnahmen der Behörden kommt in die Arbeiter ein Pfeil, der die Arbeitnehmern der Sowjetunion, die gegenwärtige schwere Lage der Arbeiterkasse und der Gewerkschaften für die Arbeitnehmern und einen Generalstreik zu infizieren für dieses als gefährdet angesehen werden.

Am 28. Januar konzentrierten sich polnische Legionäre

Porzellan und Steingut!

Porzellan, weiß

Speiseteller, glatt, flach	50,-
Speiseteller, gebogt, fland, tief u. flach	65,-
Gemütschüsseln, zed. u. rund, 8.50 bis 70,-	
Steckplatte, 12. Größen	4.50 bis 85,-
Guppenküppeln, oval, mit Tadel	4.90
Tunkenschüsseln, versch. Ausf., 8.50 bis 95,-	
Kaffeekannen, 8 Größen	8.50 bis 95,-
Milchgläser, 8 Größen	1.10 bis 15,-
Zuckerdosen	65,- 45,-
Butterdosen	1.75
Tassen mit Untertassen	75,- 50,- 40,-

Rafze- u. Speis geschirr „München“

„Mädchen-Muster“	
Speiseteller, tief und flach	1.45
Abendbrotsteller	19 cm 95,- 15 cm 75,-
Gemütschüsseln, vierdig	5.25,- 8.50
Steckplatten, 8 Größen	12.50 bis 2.75
Guppenküppeln, groß 18.70, mittel 13.90	
Zuntenschälle	5.90
Kaffeekannen	5.75,- 4.50,- 3.65,- 2.25
Teekannen	6.25,- 4.50,- 4.25
Milchgläser	2.50,- 1.95,- 1.15,- 70,-
Zuckerdosen	8.25,- 2.50
Butterdosen	4.50,- 3.90
Ruchenteller	5.90

Porzellan, bunt

Rafzegegeschirr, Viell.	17.50,- 14.00,- 10.50
Frühstücksgeschirr, Viell.	7.25,- 6.50,- 5.50
Kindergrätenuren, 4-teilig	5.50,- 3.95
Obstteller, 7-teilig	6.50,- 5.25
Obstteller, 21 cm	5.50,-
Schäflein, Frühstücksmuster	1.85,- 1.65
Ruchenteller, Kontinentmuster	2.25,- 1.95
Teller mit blauem Rand, 17 cm	60,-
Zuckerdosen mit schönem Kontinentmuster	35,-
Milchgläser, Goldrand, 1/4 1.45,- 1/2 1.35,-	
Tassen im Untertassen in verschieden Formen und Mustern Porz. 95,- 75,- 65,-	

Steingutwaren

Speiseteller, 24 cm, flach und tief	40,-
Abendbrotsteller, 19 cm	35,-
Salatschüsseln, groß, fland, 2.55,- weiß	1.75
Satz = 6 Salatschüsseln, weiß	3.50
Satz = 6 Salatschüsseln, fland	4.50
Waschtröge, fland	3.75,- 2.50,- 1.95
Waschbeden, weiß	3.65,- 2.65,- 2.25
Waschgarnitur „Terna“, 5-teilig	14.50
Waschgarnitur „Sahn“, 5-teilig	9.50
Waschgarnitur „Dresden“, 4-teilig	7.50
Küchengarnituren, moderne Muster	35,-

Sarrasani-Vorverkauf

**Kochkisten
, Universal'**
besondere Gelegenheit
20,-

Residenz-Kaufhaus

**Kochkisten
, Universal'**
besondere Gelegenheit
20,-

Städtischer Möhrenverkauf.

Ruhe rote und gelbe Möhrenmöhnen muß auch eine Mischung beider Sorten abgegeben werden. Der Preis für diese beträgt für 5 Pfund 88 Pf. für den Zentner 16.50 Pf.

Dresden, am 5. Februar 1918.

[S 58]

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Potschappel.

Auf Abendabend 21 der grünen Nahrungsmittelecke kann in den Geschäften, in denen Kundenliste der Kartennahmen eingetragen ist, ein viertel Pfund Kunsthonig zum Preise von 19 Pf. entnommen werden.

Potschappel, den 6. Februar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Soz. Verein für 6. Kreis:

Bezirk Potschappel, Birgitz, Döllschen.

Samstagabend den 9. Februar, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Restaurant Wettiner Hof im Potschappel. Tagesordnung: 1. Bericht des Vors. Sachs. Die Wohnungsfrage. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten. — Die Genossinnen und Genossen werden erfreut, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

[W 483] Der Vorstand.

SARRASANI

Allabendlich 7 Uhr. Sonnabend, Sonntag, Mittwoch auch 3 Uhr. Verkauf: Residenz-Kaufhaus

TORPEDO — LOS!

1. Bild: Die Werft explodiert.
2. Bild: Der Spion an der Arbeit.
3. Bild: Wettkampf von Auto und Schnellzug.
4. Bild: Das Fest der Blaujacken.
5. Bild: Im Innern des U-Boots.
6. Bild: U-Boot auf hoher See.
7. Bild: Baralong.
8. Bild: Zeppeline über London.
9. Bild: Heidentreter.

Unter Mitwirkung des berühmten Turnseiläufers Ulrich Camillo Mayer, des Obermatrosen Weber mit seinen Balancen am schwebenden Bambus und des Tenors Curt Wildhagen.

Außerdem: Der Deckenkäfer, ein waghalsiges und interessantes Experiment. Toledo, ein Bild aus Spanien, unter Mitwirkung der Lorch-Familie und der spanischen Tänzerin Cuenca Taveras.

[S 59]

Sarrasani-Trocadero: Allabendlich 7—11½ Uhr

Sonnabend: 11½ Uhr

Stimmungs-Abende.

Gasthof Leuben.

Sonnabend den 9. Februar, abends 7½ Uhr im gehobenen Saale des Gasthofs Leuben

Einmaliges Gastspiel vom

Theater der Feldgrauen

(früher Mitglieder am gesuchten Stadttheater) veranstaltet vom Stellv. Kommandant Generalstabschef XI. Dresden. Künstlerische Leitung: Richard Bendix vom Central-Theater in Dresden. — Zur Aufführung kommt das in Dresden 45 mal aufgetretene Drama gegeben

helle Volkstück mit Gesang und Tanz

Im Krug zum grünen Rösche

Ein heiteres Volkstück mit Gesang und Tanz in vier Akten von L. Spannuth-Godenbri. Mußt von Widmar Rosenbühl.

Preise der Plätze Operett 1.75 M., 1. Kl. 1.25 M.

2. Kl. 0.75 M. Im Vorberat: 1.00, 1.00 und 0.50 M.

Der Vorberat befindet sich im Gasthof Leuben, in den

Gastengeschäften der Herren Clemanns und Voigt in

Leuben sowie bei Herrn Freiherr Henze in Großschönau.

Der Reiterzug des Reichs wird den feldgrau. General-

stab III für Kriegswahljahrzweck überreichen.

[W 56]

HAYDN-ABSCHIEDS-SINFONIE

HEITERER ABEND

DER KÖNIGLICH. KAPELLE

UNTER

HOFKAPELLMEISTER FRITZ REINER

ZUM BESTEN DES

BEZIRKSVEREINS DRESDEN

IM LANDESVERBAND SÄCHSISCHE PRESSE

SONNABEND DEN. 16. FEBRUAR

IM GEWERBEHAUS

ANFANG 7½ UHR

[S 21]

KARTEN: M. 6.40, 4.20, 3.15, 2.10 BEI F. RIES, SEESTRASSE 21
AD. BRAUER (F. PLÖTNER), HAUPTSTRASSE 2

WALZER — LUSTIGE WEISEN

Lichtspiel Alphane, Roman 2

Von Freitag bis Sonntag angeht wieder ein großer Filmabend für Familien und Nachwuchs.

Die Freude über die

Wiederholung eines

Ersatzteile

für Wiederaufnahmen soll

Reparaturen

jeder Art u. Qualität an Wiederaufnahmen werden in einem

Werkstatt prompt und zu

geringen Kosten ausgeführt.

Gustav Löther

Wiederaufnahmen, Spezialität

52. Wettinerstr. 52, Dresden

Wir empfehlen:

Stern-Büchlein

für das Jahr 1918

von Robert Henning.

Mit Abbildungen.

Preis 1. Mai.

Volksbuchhandlung

Wettinerstr. 10, Dresden

Jahre bis 15. Februar 1918

Zeitung, alle

Hofenselle, 1. Mai.

Kaninselfelle bis 1. Mai.

M. Bahl, für alle

Reisewerke.

Mexiko

das Land der blätternden

elste und joh

Wach eigener Aussaat

Quellen und ver

Dr. Joseph Laufer.

Offiz 117 Bild. Preis 1. Mai.

Volksbuchhandlung

o. Irgurken, 5.12. Kaiser-

olshausen, 1. Mai.

olz, Wein, Likör, Farben,

Sächsische Angelegenheiten.

Was wird mit dem Gesetz über die Kohlenabbau-rechte?

In der letzten Landtagssession ging der Kammer ein Gesetzentwurf zu, der eine Sicherung der Kohlenvorräte des Landes gegen spekulative Ausbeutung beabsichtigte. Zur Beurteilung der Vorlage wurden Provinzdeputationen eingezogen und dadurch der Gesetzentwurf in diese Landtagssession übergetragen. Die Zweite Kammer hat ihn auch erledigt, freilich nicht ohne daß den Interessenten aus Kosten der gemeinschaftlichen Kongresssitzungen gemacht wurden. Doch ist man dabei noch immer in erträglichen Grenzen geblieben.

Selbst Monaten steht die wichtige Vorlage in der Zwischen-deputation der Ersten Kammer, wo sie den bedeutsamen Einflüssen des Großgrundbesitzes ganz besonders ausgesetzt sein soll. Dem Vernehmen nach sind Versuche gemacht worden, das Gesetz bis zur Veröffentlichung zu durchschleichen. Allfällig ist auch die Geheimnisträmer der Ersten Kammer bei dieser wichtigen Sache. Es ist nur nichts über die Verhandlungen der Zwischen-deputation in die Öffentlichkeit gebrungen, auch die Zweite Kammer hat nichts davon gewußt. Die Zweite Kammer hat nichts davon gewußt, selbst die sonst übliche Aufzettelung der Sitzungsprotokolle an die Berichterstatter der jenseitigen Kammer ist unterblieben. Diese Scheu vor dem Richter der Öffentlichkeit läßt nichts Gutes erwarten. Inzwischen sollen allerdings endgültige Beschlüsse in der Zwischen-deputation der Ersten Kammer gefasst worden sein, aber noch weiß niemand, wie sie aussehen. Beider deutet manches darauf hin, daß die Erste Kammer es verstanden hat, den Gesetzentwurf verfehl zu machen. Dem Vernehmen nach haben die Herren nicht mit die Förderabgabe zum Vorteile der Kohlenbesitzer in bedenklicher Weise umgestaltet. Sie haben sich bestimmten Mitteilungen aufzufordern bei der Beratung überhaupt von der Absicht leiten lassen, daß eine Einschränkung der Verkaufsfreiheit der Kohlenfelder nicht gültig sei; im anderen Falle sei damit zu rechnen, daß man in den nächsten Jahren die Ausnützung der Wälder in derselben Weise beschränken wolle, wie man es jetzt mit den Kohlenfeldern verfügt.

Unter solchen Umständen erscheint allerdings die Verfluchtigung berechtigt, daß ein im Interesse des Allgemeinwohls unternommener gesetzgeberischer Versuch zu scheitern droht, weil die Zwischen-deputation der Ersten Kammer die Bündnis- und Sonderbestrebungen der Großgrundbesitzer über das Allgemeinwohl gesetzt hat. Als diese Zellen bereits geschieden waren, lasen wir eine Mitteilung, daß die Deputation der Ersten Kammer das Kohlengesetz in abgedrehter Form mit 9 gegen 4 Stimmen in zweiter Lesung angenommen habe. In abgedrehter Form! In welcher Weise ist die Vorlage abgedreht worden? Das wird noch immer geheim gehalten.

Keine Beantwortung der Streit-Interpellation.

Dem Vernehmen nach hat die Regierung erklärt, die von den Unabhängigen eingebrachte Interpellation wegen der militärischen und behördlichen Maßnahmen aufgrund der letzten Streit nicht zu beantworten. Offenbar hat sich die Regierung dabei von denselben unverständlichen Erwägungen leiten lassen, die sie bestimmt haben, die von den Streitenden abgesandte Deputation abzuweisen.

Trifft die Mitteilung zu, dann dürfte es zu einer Verhandlung über die Interpellation im Landtag überhaupt nicht kommen.

Die Vermögensabgabe und die sächsische Regierung.

bd. Verschiedene Blätter hatten angeklagt, der Gesetz einer Vermögensabgabe habe bereits eine ziemlich feste Gestalt angenommen. Sie solle auf eine Reihe von Jahren verteilt und in einer durchschnittlichen Höhe von 10 Proz. erhoben werden. Dazu wird in Dresden von zuständiger Stelle erklärt, daß allerdings die Frage der Vermögensabgabe bei der letzten Besprechung der deutschen Finanzminister in Berlin erörtert worden ist. Auch über die Höhe und den etwaigen Zeitpunkt der Erhebung der Abgabe wurde gesprochen. Die Unterhaltungen darüber waren jedoch durchaus unverbindlich, irgend ein Beschluß ist nicht gefasst worden. Die näheren Angaben sollen laut Dr. Anz den Tatsachen nicht entsprechen. Einer unserer Mitarbeiter kann aus eigener Quelle hinzufügen, daß die Steuerzahler doch gut tun werden, sich langsam an den Gedanken der Vermögensabgabe zu gewöhnen. Sie kommt — auch gegen den Willen der sächsischen Regierung, die ja bekanntlich auch lebhaft gegen die Wehrsteuer von 1917 opponiert hat — schon damals vergeblich! Doch ihre Befürchtungen auf erfolgreichen Widerstand ist jetzt viel geringer sind, als klar!

Das Kapitel Landtagskosten

ab am Dienstag im Finanzausschuß A der Zweiten Kammer diskutiert zu ausgebliebenen Debatten. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierbei die Geschäftsführung des Präsidienten, die in letzter Zeit besonders gegen die linke Seite der Zweiten Kammer recht auffällig zutage trat, einer scharfen Kritik unterzogen. Die Nationalliberalen waren darob vorerst ganz verbüllt, so daß ihnen der konservative Vorsitzende des Finanzausschusses wieder auf die Heine wiesen mußte. Selbstverständlich konnte dann nach ihrer Meinung der national-liberale Präsident kein Wässerchen trinken. Wohl aus Verborgnis, die Geschichte könne eine Präsidialkrise verhindern, wurde Dr. Vogel selbst zitiert, um dann persönlich zu hören, was sehr deutlich von sozialdemokratischer und sozialrevolutionärer Seite gegen ihn eingeworfen wurde. Er war natürlich eifrig bemüht, seine Geschäftsführung als vollkommen gerecht und unparteiisch hinzustellen. Im Falle Wär wurde ihm sogar von Oskar Günther Hilfe zuteil, der der Meinung war, daß der Präsident vollkommen einwandfrei zur Verantwortung eines sozialrevolutionären Sturmes im Glase Wasser befragt habe.

Ein nationalsozialistischer Antrag.

Der Abgeordnete Hettner hat im Verein mit den übrigen Nationalsozialisten in der Zweiten Kammer des Landtags einen Antrag eingereicht:

Die Kammer wolle beschließen:

1. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, den gesamten Strafvolzug dem Justizministerium zu unterstellen und demgemäß die sämtlichen Strafanhalten (mit Ausnahme der Polizeigefängnisse) aus-

dem Haushaltplan des Ministeriums des Innern in den des Justizministeriums zu übernehmen;

2. die Zweite Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Verbotene Versammlung.

Der Vorstand des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins für den 18. Reichstagwahlkreis hatte eine Mitgliederversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Leipziger Volksversammlung und das Generalkommando. Diese Versammlung ist vom Generalkommando verboten worden.

Leipzig. Da das für die Beschaffung von Lebensmitteln fristig bewilligte Betriebskapital von sechs Millionen Mark nicht für die gegenwärtigen Bedürfnisse der Lebensmittelversorgung der Stadt Leipzig ausreicht, hat der Rat beschlossen, das Betriebskapital von 6 Millionen Mark auf 14 Millionen Mark zu erhöhen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Um einen gemeinsamen Rundgang in einer Wohnung der Schillervorstadt in Chemnitz auszuführen, hatten sich ein 19 Jahre alter Schneidergeselle aus Saalfeld, ein 19 Jahre alter hiesiger Kötner und ein 18jähriger Handarbeiter aus Reußstadt bei Chemnitz miteinander verabredet. Während die beiden legeren Schmiede standen, betrat der Schneider unter einem Vorwand die Wohnung, in der er bis vor Kurzem als Untermieter gewohnt hatte und die Verhältnisse genau kannte, in der sich die Inhaberin allein befand. Der treue Einbrecher griff sofort die Frau zu würzen und sie mit einem Messer zu bedrohen. Die Frau setzte sich kräftig zur Wehr und es gelang ihr, jedoch nicht ohne eine Verletzung am Hals, davonzutragen, dem Durchsuchen des Messer zu entziehen. Auf die Fluchtwege der Frau ergingen alle drei Verdächtigen die Flucht, konnten aber bald darauf festgenommen werden. Vom Augenblick überfahren wurde in der Nacht zum Dienstag auf dem Bahnhof Lichtenau eine ein junger, etwa 17 bis 18 Jahre alter Mann, anscheinend dem Arbeitervande angehörig. — Vermißt ist in einem Zwölfaus Steinbruchsdorf der Grubenmeister Arthur Höglund dadurch, daß er bei der Ausfahrt zwischen Fördergestell und Ausbau geriet. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er inspizieren erlegen ist.

Stadt-Chronik.

Zur Streitbewegung in Dresden.

Wenn die Streitbewegung in Dresden keinen größeren Umfang angenommen hat, so hat dies nicht darin seinen Grund, daß etwa hier die Unzufriedenheit und der Groll in der Arbeiterschaft geringer sind als anderswo. Ganz abgesehen von den Ernährungsschwierigkeiten hat gerade in Dresden die "Vaterlandspartei" mit ihrem kriegsbegehrlichen Treiben dafür gesorgt, daß der größte Unwill in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervergerufen wurde. Kein Flugblatt, und wenn es noch so darf gedruckt wäre, könnte die Empörung höher treiben als Neden, wie man sie in der letzten Zeit in den Kreisen der Biertrinker steigern ließ. Dingu kommt die Haltung der Regierung gegenüber dem Verlangen des sächsischen Volkes nach einem gerechten Wahlrecht.

Soweit aber Arbeitsniederlegungen stattfanden, kann man nur, ganz gleichzeitig, wie man zu einer solchen Aktion im gegenwärtigen Augenblick sieht, im Interesse der Arbeiter selbst bedauern, wie plan- und ziellos hier mit dem Gedanken der Massenolidarität gespielt wurde. Alle Aktionen, auch wenn sie von selbst aus den Märschen herauskommen, bedürfen einer einheitlichen und gewissenhaften Leitung, sollen sie zu einem geordneten und eindeutigen Abschluß gebracht werden. Zu einer solchen Leitung haben sich die "Unabhängigen" gänzlich unfähig erwiesen.

Die Sozialdemokratische Partei in Dresden sowohl als auch die Gewerkschaften hatten die Bewegung nicht herabzutun, sie tragen also auch keine Verantwortung für den Gang der Dinge. Dort, wo ihre Instanzen von den Arbeitern um Rat angegangen wurden, haben sie diesen bereitwillig erteilt. In allen Fällen wurde hierbei beobachtet, daß die Streitenden ohne jede zielbereinte Aktion waren. Meist waren sie in dem Augenblick, wo sie die Arbeit niedergelegt hatten, ihrem Schicksal überlassen. Ratlos gingen sie von einer Stelle zur anderen, fragend, was geschehen solle. Wiederholte drückten sie hierbei ihre Verwunderung aus, daß die Partei überhaupt nicht von ihrem Wunsch, gemeinschaftlich mit Vertretern der Unabhängigen die Leitung zu übernehmen, in Kenntnis gelegt worden war. In einem Falle, wo Vertreter der Streitenden durchsetzten, daß ein Parteienross zu einer Deputation ins Ministerium muß bestimmt wurde, ließ man diesem nicht einmal eine kurze Frist, um sich vorher mit der im selben Lokal tagenden Parteitagung ins Einvernehmen zu setzen. Vielmehr hatte die Deputation solche Eile, zum Minister zu gelangen, daß unter Gewoche, als er sich nach ihr umsch, niemand mehr vorhanden und unter dem Eindruck stand, daß man ihn absichtlich "geschafft" hatte.

Der Landesvorstand versüßte sich trotz allerlei zur Regierung, um zu veranlassen, daß die Militärbehörden von erbilligenden Maßnahmen gegen die Streitenden Abstand nehmen sollten, und um gegenüber der Regierung die Fortsetzung des Parteiausschusses zu vertreten.

Der ganze Verlauf der Bewegung dürfte in erster Linie die beteiligten Arbeiter stark enttäuscht haben. Zu Massenfundgebungen gehören eben auch die erforderlichen organisatorischen Fähigkeiten der Führer. Mit großen Worten allein ist hier nichts getan. Der engbegrenzte Rahmen, in dem sich die Bewegung vollzog, zeigt aber auch, daß die große Masse der Dresdner Arbeiter kein Vertrauen zu den unabhängigen Führern besitzt. Wo blieben denn die lautesten Aufruhr nach der direkten Aktion? Ein Bremen von irgend einer Seite kann in diesem Fall nicht vorgeschafft werden. Die Dresdner Arbeiter sind gewohnt, bei ihren Aktionen gemeinschaftlich mit den erwählten Vertretungspersonen ihrer Partei und der Gewerkschaften zu handeln. Nur dadurch wird die Gewerkschaft und der eindrucksvolle Abschluß einer Aktion verbürgt. Ein gefährlicher Trugblick wäre es deshalb auch, wenn etwa die "Vaterlandspartei" glauben sollten, aus der Weringfähigkeit und Verlässlichkeit der letzten Streitbewegung in Dresden für ihre Bestrebungen Material schlagen zu dürfen.

Die Leipziger Volkszeitung und ihr bisheriger Chefredakteur, die Pirnaer Volkszeitung, wissen auch aus Anlaß der vorliegenden Streitbewegung nichts Besseres zu tun, als ebenso lange wie gehörige und unwahre Artikel gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Dresdner Volkszeitung zu richten. Wie denken Sie daran, uns auf die Leipziger Kreischerei einzulassen, denn unsere Ansicht ist der Kampf für Friede und Freiheit und nicht die Geldgewinnsteuerung der Arbeiter untereinander.

Wenn das Pirnaer Blättchen seinen Lesern vorauswährend verkündet, daß die Dresdner Volkszeitung bald an der gerinngsten Ausdehnung der Streitbewegung trage, so will es offensichtlich dieser faulen Ausrede nur verbeden, daß die "Unabhängigen" es waren, die durch ihre Zivilfertigkeit und Unfähigkeit auch bei dieser Gelegenheit von vornherein alles in ein schlechtes Fahrwasser geleitet und verbohrt haben. Wenn man der Dresdner Volkszeitung einsandt, will darüber sich selbst die fanatischen Anhänger der "Unabhängigen" einmal die Frage stellen, wie es denn kommt, daß in der unabhängigen und revolutionären Hochburg Leipziger Leipziger so gut wie gar nichts zu bemerken war?

Die Kartoffelkarten C.

Die Landeskartoffelkarten A und B oder deren Wochenversorgung erreichen mit dem 14. April das Ende der vorliegenden Versorgungsperiode. Von diesem Zeitpunkte an tritt die Kartoffelkarte C in Kraft und dauert deren Gültigkeit bis zur neuen Ernte. Das Kartoffelergebnis geschieht jedenfalls, daß auch die Karte C von einem großen Teile der Bevölkerung zum Rentnerzeugen benutzt werden kann. Die Felder im Städtebezirk Dresden haben eine Kartoffelernte für den Hektar mit 400 Kilo ergeben. Als Durchschnittswert sind 200 Kilo pro Hektar angenommen worden. Dieses günstige Ergebnis läßt die sicherer Erwartungen offen, daß auch anderwärts das Erntergebnis die Schätzungen übersteigen wird. Hieraus ist zu schließen, daß mehr Kartoffeln in ländlichen Kreisen vorhanden sein müssen, als man schwungsvolle erwartete. Deshalb ergibt sich die Möglichkeit für die Großstadtbevölkerung, ihren C-Kartenbedarf wiederum direkt vom Lande zentnerweise einzudroben.

Um die Großabfertigungsversorgung nun rechtzeitig in die Wege zu lenken, ist gestaltet, die C-Karten bereits vom 20. Februar bis 10. März im engeren Kommunalbezirk anzumelden bzw. beliefern zu lassen. Das heißt, jeder kann sich einen Landwirt als Lieferanten suchen. Für Dresden dürfte dies mehr theoretischen Charakter haben, weil bei den Dresdner Landwirten nicht allzuviel Kartoffeln greifbar sein werden. Nach dem 10. März können im ganzen Königreich Sachsen die C-Karten zur Belieferung durch die Landwirte angenommen werden, man ist also nicht mehr an Bezirke gebunden. Dieser Eindringungsmodus der Großstadt ist für die Stadtbevölkerung doch wichtig, weil diese Mengen den aus den Provinzen eingeführten Quanten nicht angerechnet werden und somit den Städten die Möglichkeit bieten, ihr zugewiesenes Kartoffelkontingent zu erhöhen.

Hieraus entpuppt die Möglichkeit — immer vorausgesetzt, daß die zentnerweisen Zuflüsse an die Verbraucher wesentlich sind —, die Kartoffelrationen zeitweise zu erhöhen oder Stückungen auszugleichen. Die mit dem 14. April in die neue Kartoffelwochenversorgung eintretenden werden gleichfalls die Möglichkeit haben, ihren Bedarf von mehreren Wöchen auf einmal beziehen zu können.

Erfahrungsgemäß werden im März und April die Kartoffelmieten auf dem Lande geöffnet und ihr Inhalt abgeföhrt, ebenso das Saatgut verteilt. In dieser Zeit haben die Städte nochmals größere Zuflüsse aus den Lieferungsbezirken zu erwarten; diese Mengen sollen möglichst rasch den Haushaltungen für längere Zeiträume zugeliefert werden. Da mit den Kartoffeleinlagerungen beim Verbraucher selbst sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind, empfiehlt es sich sehr, auch die C-Karte so weit wie irgend möglich direkt durch die Landwirte beliefern zu lassen, um so sehr, als dadurch der Allgemeinheit der Städtebevölkerung hierdurch ein großer Dienst erwiesen wird, da sich die gefüllte Kartoffelmenge um das vom Lande auf diese Weise eingeführte Quantum erhöht. Mit einem Einnahmemaßstab beim Landwirt dürfte freilich gerechnet werden müssen.

Vom Regierungssabzug gegen „schleichende“ Städte.

Der angeklagte Staat — die freigesprochene Kriegsführung.

Vor dem Landgericht in Bonn hatte sich der Geschäftsführer der Frankfurter Kriegsläden wegen Hochspielabschreitung zu verantworten. Der Vorwurf spielt im Juni 1917, also zu einer Zeit, in der es in Frankfurt a. M. noch Kartoffeln nach Gemüse gab, aber täglich 23 000 Menschen, die in den Kriegsläden saßen, wenn keine Kartoffeln dazu kamen, noch etwas mehr. In der größten Not wendete sich die Kriegsläden schriftlich und auch persönlich nach Berlin, aber nichts kam von da als leere Verpflichtungen, vor denen kein Gast saß; bis heute ist es dabei geblieben.

In dieser zugefügten Lage mußte die Küchenleitung herbeischaffen, was eben ertragen werden konnte; sie kaufte aus dem Vorworte bei Bonn auch Wurst und Spätzle. Die Hochspiele für Frankfurt a. M. betrugen damals 45 Pf., die Ware wurde für 37 Pf. eingekauft. Nun hatte der zuständige Beamte am Tage vorher einen Höchstpreis von 27 Pf. festgesetzt, so daß der Kauf tatsächlich eine Hochspieldüberschreitung war. Aber erstens konnte der Ort des Kaufs noch nicht definiert sein, zum andern war den Frankfurter Kriegsläden mit ihm nicht gedient, die Landwirte geben eben für diesen Preis nichts her, und das wilsame Mittel, das allein hätte helfen können, die Beschlagsnahme, wurde ja gegen die Landwirtschaft nicht angewandt.

Dieser Gang, der sich selbst spricht, der recht treffend das Zeitbild von 1917 illustriert: In den Städten große Not, kein Gemüse, keine Kartoffeln, auf dem Lande reicher Gemüsegarten, der aber nur abgegeben wird, wenn die höchsten Preise angelegt werden. Die Frankfurter Küchenversorgung war gezwungen, den Gas zu bejahen, der gefordert wurde, auf anderem Wege war kein Gemüse zu bekommen.

Statt nun auf die Anklagebank zu holen, der das Durcheinander verschuldet, holte sich der Bonner Staatsanwalt den Verantwortlichen aus Frankfurt a. M. Rebende bemerkte, werden sich in der nächsten Zeit in Bonn auch noch Großindustrie und Städtegemeinden verantworten müssen, die das gleiche Verbrechen begangen haben.

In der Verhandlung wurde unter Zeugen festgestellt, daß die Zeitung in Frankfurt keinen Schritt unterlassen hatte, um auf geradem Wege zu Lebensmitteln zu kommen. Es war ein geradegauziges Augenblick im Gerichtssaal, als vorgetragen wurde, mit welchen Schwierigkeiten die Richter damals zu arbeiten hatten. In diesem Augenblick stand nicht die Frankfurter Küchenversorgung vor den Richtern, sondern die Lebensmittelorganisationen in Berlin.

Traditionell hielt der Staatsanwalt die Klage aufrecht; er beantragte eine Geldstrafe von 1800 M. ebenfalls Entlastung auf die Summe, um die der Hochspiegel überschritten worden ist.

Das Gericht hält die Klage aufrecht. — In der Urteilsbegründung kam allerdings nicht zum Ausdruck, warum die Richter

Donnerstag den 7. Februar 1918

Dresdner Volkszeitung

in Dönn e'ne Schärfung abrichten, sie stammten sich an eine kleine Formattat: daß der Angeklagte nicht hätte töffen können, ob der Landrat inzwischen höchstwahrschließlich lebte, man könne auch keine Nachprüfung in dem Raum erläutern. Tatsächlich war der tatsächliche Sachlage gefasst aus dem Wege gegangen.

Die Richter konnten doch nicht gut sagen: Die Verhandlung hat ergeben, daß der Angeklagte gar nicht anders handeln konnte, als in Seiten des größten Rechts, nachdem ihm der Staat nicht half, die Stadt nicht helfen konnte, zu geringen, um den 23 000 Menschen Eisen zu verabreichen. So es nicht geschah, ist es das nachgeht.

Neuregelung der Gemüseversorgung.

Wie die dönnische Volkszeitung aus zuverlässiger Quelle hört, sieht für das neue Wirtschaftsjahr eine veränderte Regelung auf dem Gemüsemarkt bevor. Für das Frühjahrsmüle, bei dem eine Baumwollversorgung nicht in Aussicht genommen ist, fand ein Sonderpreis festgesetzt worden. Neu ist hier die wichtige Bestimmung, wonach sich der Anbaubau durch Übernahme entsprechender Webselzulagen die Zahlung der Großhandels- oder Kleinhändelpreise sichern kann. Mit Bestimmtheit ist zu erwarten, wenigstens eine endgültige Entscheidung noch aussteht, daß das gesamte Heizungsgerüst, sowohl es nicht durch Lieferungsverträge gebunden ist, in Abgangswirtschaft genommen wird. Das war der wichtigste Punkt in dem Protest zahlreicher Stadtgemeinden gegen die bisherige Art der Lieferungsverträge. Möglicher ist schließlich noch die neue Bestimmung, daß die Großverbraucher (Fabriken usw.) nur noch im Einvernehmen mit den zuständigen Kommunalverbänden zugelassen werden sollen. Unter Umständen — wenn beispielsweise Angestellte und Arbeiter von Großverbrauchern erheblich besser versorgt sind als die übrigen Einwohner — darf der Kommunalverband in die noch nicht erfüllten Lieferungsverträge eintreten. Er muß dann freilich die Versorgung der betreffenden Arbeiter und Angestellten mit übernehmen. Damit dürfte dem gegenseitigen „Abjagen“ der Gemeinde ein Ende gelegt sein.

Eine Ursache des Wilmangels in diesem Winter bilden außer Hungernot auch die Wildkrankheiten, wie in einem Bericht hierüber Prof. Dr. Schwangart darlegte. Vornehmlich Säugetiere und Kaninchen haben solchen Schaden erlitten, daß z. B. die Kaninchen, die an manchen Orten geradezu eine Pandemie waren, dort förmlich ausgerottet sind. Diese Tiere sterben werden durch Lungenentzündung, den Leberregen, Darmzählinge u. a. verursacht. Sie traten schon vor 1911 auf, wurden durch den heißen Sommer 1911 stark vermehrt, möchten sich aber dann wieder, und scheinen jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Auch Rot- und Edzwarzwild litten durch Krankheiten, besonders durch die Lebereckenkrankheit und das sogenannte Lusertreten. Diese Krankheiten traten vor allem in Wildparken auf, so in Moritzburg. Bei den Anfangsberichten da Sichtbarkeiten wirkt die Nahrungsver schlechterung durch den Krieg mit.

Ausstellung „Die Kriegsbeschädigten-Hilfsorgie“. In wenigen Tagen schließt die Ausstellung im Neuen Ausstellungsgesäule Leipziger Straße, ihre Porten. Am Sonntag den 10. Februar ist der letzte Besuchstag. An diesem Tage ist die Ausstellung von 11 Uhr vormittags bis 7½ Uhr abends geöffnet. Eine Verlängerung über diesen Termin hinaus findet nicht statt.

Wegfall von Schnellzügen am Sonn- und Festtagen. Die Schnellzüge ab Dresden Ost, früh 1.10, in Görlitz 8.07. in Breslau Ost, 5.38; ab Breslau vorm. 11.28, in Dresden Ost, 4.15; ab Dresden Ost nachm. 1.50, in Berlin Ost, 5.05; an Berlin Ost, 8.15, nachm. 1.08, in Dresden Ost, 4.27; ab Cottbus 3.26 nach Riesa — Chemnitz fallen vom 10. Februar ab am Sonn- und Festtagen aus und verkehren nur noch an Werktagen.

Arztlische Untersuchung von Schulkindern. Zur genaueren Ermittlung des Gesundheitszustandes der Schulkinder macht sich eine besondere Untersuchung der blutarmen und tuberkuloseverdächtigen Kinder durch die Schulärztes notwendig. Hierfür hat der Rat 10 000 M. aus den für die außerordentlichen Ausgaben der evangelischen Schulgemeinde bereitgestellten Mitteln bewilligt.

Zur Frage des Fortbildungsschulunterrichts für die weibliche Jugend. Der Dresdner Hoch- und Fortbildungsverein hat in einer Eingabe an den Rat die Notwendigkeit des Fortbildungsschulunterrichts für die weibliche Jugend dargelegt. Den ausgewählten Zeitungen, die sich mit den Blättern des Schulamtes im wesentlichen decken, ist der Rat in seiner letzten Besammlung noch Maßgabe des Schulschlussvorschlags beigegeben. Die Ausübung muß bis nach Beendigung des Krieges vorbehalten bleiben.

Städtischer Möhrenverkauf. Außer roten und gelben Speisemöhren muß auch eine Mischung beider Sorten abgegeben werden. Der Preis dafür beträgt für 5 Pfund 88 Pf. für den Beinrest 16,50 M.

Großherzogin Sonnabend den 9. Februar, abends 8 Uhr, findet im Neujenauer Gebäude, Hühndorfstraße, eine Frauenversammlung statt, in der Frau Kreitmacher einen Vortrag hält über: Die triftigen Sätze der Frau; ist eine Furcht vor demselben beständig? Die Dameninnen werden erstaunt, zahlreich zu erscheinen und für guten Besuch zu werben.

Barmidische Nachrichten. Der diesjährige Sammelmarkt wird Dienstag den 6. März in der Alten Kaufmännischen Halle abgehalten. Vom 13. Februar bis 7 Uhr. Die Hauptmarkthalle ist an diesem Tag ab 6 Uhr abends unvertrieben für den Betrieb geöffnet. — Es soll 1.500 Zentner Butter erhältlich sein. — Eine neue Art, die Küchenelemente zu verwenden. In der Übergabe von G-Form sprach dieser Tag ein Mann vor, der in den nächsten Jahren jedoch die Schuhmutter meierte und verschwand, mit den gewünschten Schuhnummern vorher plauderte. Als Verteilung auf die Tische ließ er sich über Speise nützen, die er voll bezahlte. Auf die Schuhe aber wartete man bei Eisenach vergebens.

Klus der Umgebung.

Klusbach. Auskunftsbezugsausweise für Goldschmieden, Goldwaren und Juweliere sind eingegangen und können im Rat, aus Zimmer 11, eingeholt werden. — Luarf kommt zum Verkauf in dem Geschäft bei Klause an die Inhaber der Gewerbeabteilung Nr. 1701 bis 1704. Zwei Säcke erhält ½ Pfund. Blaugemüller erhält ab angesehene, kleineren Blaugemüller vorzugeben. Luarf, der bis morgen, nachmittags 4 Uhr, nicht abgeholt ist, kann unterweisst verkaufen werden. — Brandwehr reidet wieder auf Wiedereröffnung als Löscherei ab gegeben. Nur ein Pfund Butter sollen d. 1. August zwei Liter zum gewöhnlichen Stückpreise auf der Fleischmarkte abgeleistet werden. Ein Pfund Butter kostet 18 Pf. Die Zulieferung erfolgt nach Mahlzeiten der vorliegenden Menge. Anmitungen haben Donnerstag und Freitag den 7. und 8. Februar, vormittags von 9 bis 11 Uhr, in Zimmer 1 des Rathauses zu erfolgen. — Kasse. — Die

Wochennr. II der Kasse Elsay-Barten und bis Freitag den 8. Februar mittags bei den Kleinhändlern zur Belieferung anzumelden. — Vier kommen zum Verkauf für die kleinen Anmeldeungen, die Rat auf die Woche vom 27. Januar bis 2. Februar beziehen. Für jede Person wird ein Et. zum Preise von 45 Pf. abgegeben. — Kennzeichnung Vermögensmarken für Winderbermittelte werden freilich ab dem 8. Februar nachmittags, und zwar von 3 bis 3½ Uhr für die Nummerninhaber 41 bis 121, von 3½ bis 4 Uhr 121 bis 200 und von 4 bis 4½ Uhr 201 bis 220, in der Polizeimache ausgegeben. Innerhalb dieser Zeit nicht abgeholt werden verlassen. Der Kennzeichnung wird in den Provinzen von Scheidenbach, Blumen und Ritter sowie in den Geschäftsräumen des Kommissariats abgegeben.

Verkauf-Meute. Morgen Freitag Grisch- und Graupenverkauf auf Abschnitt I.

Tüschen. Auf den angemeldeten Abschnitt I der Nährmittelkarte wird am 8. Februar geliefert: 500 Gramm Grisch auf A (weiss), 275 Gramm Grisch auf B (hellgrün), 250 Gramm Gruppen auf C (hellgrün), 275 Gramm Grisch auf D (hellgrün). Verkaufspreise: 38 Pf. für ein Pfund Gruppen, 22 Pf. für ein Pfund Grisch. Auf Abschnitt II der Lebensmittelkarte Nr. 8 werden am 7. und 8. Februar durch die Ausleute Kleinkinder und Grisch ½ Pfund keine Delinge und ähnliches Seeßlich geliefert. Der Preis beträgt 1,40 M. für ein Pfund Delinge und 1,40 M. für ein Pfund Seeßlich. Am 9. Februar wird auf Abschnitt C der Lebensmittelkarte Nr. 8 von den Ausleuten Haupmann und Schille sowie von der 67. und 70. Verkaufsstelle des Kommissariats Torgau 50 Gramm Sirup zum Preise von 6 Pf. verabreicht. — Sonnabend den 9. Februar, von 1 bis 3 Uhr, und Sonntag den 10. Februar, von 11 bis 12 Uhr, gelangt in der neuen Schule Schmalzweg w. d. Leberpastete auf die Haushaltseinheiten zur Verteilung. Es erhalten Familien bis zu fünf Köpfen eine Packung Leberpastete zum Preise von 4,50 M. und höhere Familien eine Packung Schmalzweg zum Preise von 7 M.

Leuben. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Madeberg. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Niederwerder. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren. 1917 erfolgten insgesamt 888 250 M. Einzahlungen und 830 267 M. Rückzahlungen, teils gleichzeitig der Verträge mit den Kleinschultern.

Neukirchen. Bei der bietigen Sparfeste gelangten im Januar 1918 167 422 M. zur Einsammlung, bezogen aber nur 124 23 M. Einlagen zur Abhebung. Der Aufschwung an Gläubigerzuthaben zeigt sich auch schon in den vergangenen Jahren.

